Saar-Zeitung

Organ der Zentrums-Partei für den Saargau

18 [DISSIPAT ATQUE FOVET] 72

Tage- und Anzeigenblatt für Handel und Gewerbe

Erscheint 6 mal wöchentlich. Geschäftsstelle: Saarlouis, Kl. Markt 1
Telegramm-Adresse: Saar-Zeitung
Fernsprecher 3036 Postfach 39

Monatlicher Bezugspreis: Durch Agenten und Post Frs. 11,00.
Zeilenpreise: Die 6gespaltene 45 mm-Zeile 0,45 Frs., Deutschland 10 Pfg. Amtliche Anzeigen 50 Cts.

Nummer 301 — Dienstag, den 30. Dezember 1930 — 59. Jahrgang

Der Reichskanzler zum Jahresende.

Die rechten Lehren ziehen.

Berlin, 29. Dez. Reichskanzler Dr. Brüning hat dem Herausgeber der Wohlfahrts-Korrespondenz, Ernst Boerschel, eine Zuschrift zugehen lassen, in der es heißt: **Auch dieses Jahresende trifft das deutsche Volk bei der Erkenntnis, daß es schwere Monate durchzumachen hat. Die Weltwirtschaftskrise, die alle Staaten erfaßt hat, trifft es nach den Entbehrungen der Kriegs- und Inflationsjahre besonders hart. Aber mutiger Wille, Selbstzucht und Bereitschaft zum gemeinsamen Tragen können und werden uns helfen. Wenn wir die schlimmen Zeiten benutzen, um Mißbräuche abzustellen, die sich in unser gesellschaftliches, soziales und politisches Leben eingeschlichen hatten, wenn wir die nötigen Reformen heute unter dem Druck der Not kraftvoll vorantreiben, dann ziehen wir die rechten Lehren. Und wenn wir jetzt, wo uns gemeinsames Schicksal die engste Verbundenheit aller Schichten und Stände deutlich beweist, uns als ein Volk fühlen lernen, dann werden zugleich die seelischen Kräfte lebendig, die die besten Bürgen einer schöneren Zukunft sind.**

Sehr richtig.

Observer über die Bedeutung der Januar-Ratstagung für Deutschland.

London, 29. Dez. Der Berliner Korrespondent des Observer schreibt, man werde in Deutschland aufmerksam verfolgen, ob auf der am 19. Januar beginnenden Ratstagung in der Frage der Abrüstung und der polnischen Minderheiten gegenüber Deutschland billig verfahren werde. Man übertreibe nicht, wenn man sage, daß die ganze Zukunft des Völkerbundes als einer Körperschaft, die in deutschen Augen Achtung verdiene, von der Art abhänge, in der diese beiden Fragen behandelt würden.

Der Anbau von Wintergetreide im Reiche.

Berlin, 29. Dez. Nach Mitteilung des Statistischen Reichsamtes läßt die diesjährige Schätzung des Wintergetreideanbaues bereits deutlich eine Umstellung des Roggenbaues auf Weizenanbau erkennen. Während sich beim Winterroggen für das Reich im ganzen eine Verringerung der Anbaufläche um 9,6 Prozent ergibt, weist der Anbau von Winterweizen eine Zunahme von 6,9 Prozent gegenüber der vorjährigen Einsaatfläche auf. In unbedeutendem Maße hat sich auch der Anbau bei Wintergerste (um 1,6 Prozent) erhöht. Unter Zugrundelegung der prozentualen Schätzungen über die Zu- und Abnahme der Wintergetreideeinsaat würde sich eine Abnahme des Winterroggenanbaues von rund 450 000 ha, dagegen eine Zunahme bei Winterweizen um rund 110 000 ha und bei Wintergerste um 3000 ha ergeben. Dementsprechend wäre — nach dem Stand zu Anfang Dezember — ein Gesamtanbau an Winterroggen von etwa 4,2 Mill. ha, an Winterweizen von 1,75 Mill. ha und an Wintergerste von 200 000 ha anzunehmen.

Europa vor einem Kriege?

Das belgische Heeresbudget und die belgischen Sozialisten.

Paris, 29. Dez. Der sozialistische Populaire veröffentlicht heute Erklärungen des belgischen Sozialistenführers Vandervelde über die Stellung seiner Partei gegenüber dem Heereskredit. Vandervelde führte aus: Als er nach viermonatiger Abwesenheit nach Belgien zurückkehrte, habe er einen völlig veränderten Geisteszustand in Belgien vorgefunden. Die Reden Mussolinis, die faschistischen Intrigen auf dem Balkan, die Erfolge der Hitleranhänger in Deutschland, die bedauerlichen Wahlen unter den Fußtritten des Militärs in Polen, die katastrophalen Voraussagen der Bolschewisten, alles das erwecke beim Mann auf der Straße den Eindruck, **daß Europa vor einem Kriege stehe und daß dieser Krieg morgen mit der gleichen Plötzlichkeit ausbrechen könnte wie 1914.** Er, Vandervelde, habe die Ueberzeugung, daß auf dem Ostern stattfindenden Kongreß der belgischen Arbeiterpartei, auf dem die Revision des Parteiprogramms zur Erörterung stehe, mit einer sehr großen Mehrheit der Gedanke einer einseitigen Abrüstung, die die demokratischen Länder wehrlos den militaristischen Unternehmen der politisch rückständigen Länder ausliefern würde, abgelehnt werden würde. Aber die belgischen Sozialisten seien entschlossen, auf nationalem wie auf internationalem Gebiet ihre Aktion zugunsten der gleichzeitigen und kontrollierten Abrüstung weiter zu verfolgen. Man würde den Versailler Vertrag zu einem Fetzen Papier machen, wenn man die Erfüllung der moralischen und rechtlichen Verpflichtungen des Vertrages nicht einhalten würde, der dem besiegten Deutschland die Entwaffnung aufzwang, um die Abrüstung der anderen im gleichen Maße vorzubereiten. Die gegenwärtige belgische Regierung tue das Gegenteil. Belgien sei vielleicht das einzige Land, dessen Heeresbudget höher sei als 1914. Die belgischen Sozialisten wollten nicht, daß unter dem Vorwand der Landesverteidigung Rüstungen für die Aufrechterhaltung gewisser militärischer Hegemonien und für die unbedingte Verteidigung eines durch den Versailler Vertrag und die übrigen Verträge geschaffenen territorialen Regimes vorbereitet würden. Der Versailler Vertrag sehe seine eigene Revision ja vor.

Moskaus „Aufstieg".

Der Zentralausschuß der Bolschewiki, der auch das Willenszentrum des Sowjetstaates ist, hat seine Tagung beendet, wobei als Ergebnis die Kaltstellung der „Rechtsleute" Rykow, Tomski und Bucharin gebucht werden muß, gleichzeitig aber auch eine bombastische Verlautbarung über das Wunder des Fünfjahresplans. Diese Selbstsicherheit Stalins und seiner unbedingt ergebenen Gefolgsleute läßt sich nur erklären, daß der berüchtigte Ramsin-Prozeß in Sowjetrußland seine Wirkung getan hat. **Es steht heute einwandfrei fest, daß Ramsin ein Spitzel war, daß also auch die Aussagen dieses Spitzels und seiner Mitangeklagten von der G.P.U. sorgfältig vorbereitet waren.** Die Außenwirkungen des Prozesses mit seinen lächerlichen Enthüllungen über die Angriffspläne Englands und Frankreichs war für Stalin Nebensache, denn ihm kam es einzig und allein darauf an, das völlig erschütterte Vertrauen der geplagten und gepeinigten Bevölkerung in die Wirtschaftsdiktatur der Bolschewiki wieder herzustellen. Wie weit das gelungen ist, läßt sich außerhalb Rußlands nicht feststellen, denn nicht nur die Städte, auch die Dörfer sind über den Prozeßverlauf nur durch die große Sowjetpresse und durch den Rundfunk unterrichtet worden. Allein die Erschütterung des Vertrauens muß doch außerordentlich groß gewesen sein, sonst würde es Stalin nicht wagen, die bisherige Entwicklung des Fünfjahresplans als über alles Erwarten günstig zu bezeichnen. Während der tägliche Bedarf der russischen Bevölkerung an Lebensmitteln aller Art streng eingeteilt ist, behauptet Stalin nichtsdestoweniger, daß im dritten Jahr des Fünfjahresplans die Kollektivierung der Landwirtschaft auf 80 v. H. vorgeschritten sei. Wenn das der Fall ist, **so muß bei der Volksektivierung eine Hungersnot unvermeidlich sein,** denn der Mangel Lebensmitteln ist so offenkundig, daß sich die Sowjetpresse schon gar keine Mühe mehr gibt, dies abzustreiten. An dreiste Aufschneiderei grenzt es, wenn der Zentralausschuß behauptet, daß die Staatsindustrie eine Steigerung ihrer Produktion um 20 v. H. erfahren habe, die 1931 sogar auf 45 v. H. gebracht werden soll. Mit Zahlen können die Bolschewiki überhaupt großartig umgehen, allerdings nur auf dem Papier, wo sie Rubel-Milliarden nur so aus dem Handgelenk herausschütteln. So sollen für Großbauten in der Industrie nicht weniger als 7,5 Milliarden Rubel = 15 Milliarden Mk. vorgesehen sein, eine Summe, über die die Sowjetregierung nicht entfernt verfügt. Woher sollen denn diese 15 Milliarden Mark kommen, da aus dem Außenhandel so gut wie gar nichts herauszuholen ist, ganz abgesehen davon, daß die russischen Außenhandelsstellen immer und immer wieder um langfristigen Kredit nachsuchen?

Es ist auch mehr als geduldiges Papier, das sich gefallen lassen muß, die Ziffern über den Staatshaushalt zu veröffentlichen. Danach sollen die Einnahmen 21 Milliarden Rubel = 40 Milliarden Mark betragen, die Ausgaben nur 19,7 Milliarden Mark, sodaß sich ein Ueberschuß von rund 20 Milliarden Mark ergibt. Mit diesen Haushaltsziffern verhält es sich wahrscheinlich ebenso wie mit den handfesten Angaben über die industrielle und verkehrstechnische Entwicklung. Was für ein Aufhebens ist von den Sowjetbehörden nicht mit der sibirisch-turkestanischen Eisenbahn gemacht worden, über deren Vollendung sogar in Westeuropa Filme gezeigt wurden. Tatsächlich ist diese Eisenbahn noch gar nicht fertig oder doch so unzulänglich angelegt und ausgeführt worden, daß von einer wirtschaftlichen und verkehrspolitischen Umwälzung in den Kerngebieten Sowjetrußlands nicht die Rede sein kann. Männer wie Rykow und Tomski, die zu den Heroen des Oktober-Aufstandes gehören, deren bolschewikische Ueberzeugung unantastbar ist, haben nichts anderes getan, als den stürmischen Aufstand des Fünfjahresplans zu bezweifeln. Stalin will niemand um sich dulden, der nicht unbedingt an den Fünfjahresplan glaubt, um so weniger, als nach der neuesten Kundgebung der Bolschewiki Rußland in den entscheidenden Abschnitt des sozialistischen Aufbaues eingetreten sei. Im Widerspruch damit steht, **daß die Dörfer nach wie vor Getreide und Vieh zurückhalten oder aber sich weigern, den Erlös für Zwangsverkäufe dem Staat auf dem Anleihewege zur Verfügung zu stellen.** Das Jahr 1930 hat Sowjetrußland eine ausgesprochene Mißernte gebracht, was nicht nur durch den Mangel an Lebensmitteln im Inlande bestätigt wird, sondern auch durch die Tatsache, daß für die wirkliche Ausfuhr nur geringe Mengen bereitgestellt sind. Die Sowjetregierung ist aber noch so ausgiebig in das kapitalistische System verstrickt, daß sie sich nicht scheut, durch Leerverkäufe von Getreide die internationalen Märkte zu verwirren, vielleicht mit der Hoffnung, dabei für sich noch Gewinne hereinholen zu können. Alle Meldungen aus Rußland, soweit sie auf unparteiische Beobachter zurückgehen, stimmen darin überein,

Gegen Kemal Paschas Regime.

Eine Verschwörung in der Türkei.

Ueber 1000 Personen verhaftet.

Konstantinopel, 29. Dez. In Angora und zahlreichen anderen Städten des türkischen Reiches ist man einer groß angelegten Verschwörung auf die Spur gekommen. Im Laufe des gestrigen Sonntags hat die Polizei in Angora in diesem Zusammenhang über 50 Personen festgenommen. Unter den Verschwörern sollen sich auch zahlreiche hochstehende Beamte befinden. In Menemen, Magnesia, Conia und Stambul wurden insgesamt über 1000 Personen verhaftet, darunter auch zahlreiche Frauen. Vier Kompagnien eines Infanterieregimentes, deren Zuverlässigkeit in Zweifel gezogen wurde, sind entwaffnet worden und die Offiziere in Festungshaft genommen worden. Eine Ministerrat, der gestern unter dem Vorsitz Mustapha Kemal Paschas stattfand, hat gestern außerordentliche Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und der Sicherheit in der türkischen Republik beschlossen. Das Parlament soll sofort einberufen werden, um ebenfalls alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Ueber die Aufstandsgebiete ist der Belagerungszustand verhängt worden. Auf Grund der vom Innenminister an Ort und Stelle geführten Untersuchungen werden die Gouverneure von Smyrna und Manissa ihrer Aemter enthoben werden.

Die Verhaftungen in der Provinz Smyrna.

Konstantinopel, 29. Dez. Die Behörden messen der revolutionären Bewegung, die in der Provinz Smyrna ausgebrochen ist, große Bedeutung bei. Sie sind überzeugt, daß die Bewegung, deren Hauptquartier sich anscheinend in Menemen befindet, keinen vereinzelten Zwischenfall darstellt, sondern das erste Stadium in der Entwicklung einer Verschwörung, die sich bis nach Stambul verzweigt und zu deren Ziel der Sturz des kemalistischen Regimes gehört.

Spanien nicht reif zur Republik.

Paris, 29. Dez. Der Außenpolitiker des Matin schreibt nach einem Aufenthalt in Spanien über die dortige Lage: Die Republik als Regime der Ordnung und der Freiheit könne sich nur auf ein gebildetes, vom Bürgergeist durchdrungenes Volk stützen. Wenn die Hälfte der Bewohner eines Landes wie in Spanien aus Analphabeten bestehe und wenn die Bauern im Gebirge noch wie im Mittelalter lebten, dann könne die Republik nicht eingeführt werden, ohne daß die Gefahr bestehe, daß sie in eine soziale Revolution ausarte. Spanien habe ungeheure Fortschritte gemacht und die großen Industrien hätten sich entwickelt. Aber das Bürgertum sei noch schwach und z. T. sehr stark mit den monarchistischen und katholischen Tradition verbunden. Fatalerweise würde die Regierung sehr rasch in die Hände der Revolutionären der äußersten Linken fallen. Spanien müsse, um den Aufschwung der letzten 15 Jahre zu krönen, das Gesamtniveau seiner Landbevölkerung heben. Es brauche weniger luxuriöse Untergrundbahnen und weniger prächtige Ausstellungen, jedoch einige hundert Krankenhäuser und Schulen. Das müßte das Programm einer liberalen Regierung sein, die die Rechte der Intelligenz wahren würde. Die Freunde Spaniens hofften auf eine solche Regierung, sobald keine Unruhen mehr zu befürchten seien.